

26.07.2016

Niederschrift 003/2016

Kreistag

am 28.06.2016 | Aula Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 15:00 Uhr

Ende 16:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Landrat Michael Makiolla

Kreistagmitglieder SPD

Frau Jasmin Beisenherz

Herr Martin Blom

Frau Angelika Chur

Frau Brigitte Cziehso

Frau Aileen Droll

Herr Bernd Engelhardt

Herr Norbert Enters

Herr Hartmut Ganzke

Herr Jens Hebebrand

Herr Udo Holz

Frau Christine Hupe

Frau Renate Jung

Herr Jürgen Kerl

Herr Dirk Kolar

Frau Ingrid Kroll

Herr Sascha Alexander Kudella

Frau Ursula Lindstedt

Herr Dieter Mendrina

Herr Gerd Oldenburg

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Herr Jens Schmülling

Herr Heinz Steffen

Frau Simone Symma

Herr Martin Wiggermann

Herr Herbert Ziegenbein

Herr Uwe Zühlke

Kreistagmitglieder CDU

Herr Carsten Böckmann

Herr Günter Bremerich

Herr Peter Dörner

Frau Annika Dresen
Herr Wilfried Feldmann
Frau Claudia Gebhard
Herr Wilhelm Jasperneite
Herr Jan-Eike Kersting
Herr Dieter Kleinwächter
Herr Paul-Heinz Kranemann
Herr Herbert Krusel
Herr Gerhard Meyer
Frau Elke Middendorf
Herr Martin Niessner
Frau Martina Plath
Frau Gabriele Richter
Frau Ursula Schmidt

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert
Herr Herbert Goldmann
Frau Sandra Heinrichsen
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Marion Küpper
Herr Jochen Nadolski-Voigt
Frau Stephanie Schmidt
Frau Anke Schneider

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann
Herr Werner Sell

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Kunibert Kampmann
Frau Maria Lipke
Herr Helmut Rosenkranz

Kreistagmitglieder FDP

Herr Dieter Albert
Herr Michael Klostermann

Kreistagmitglieder PIRATEN

Herr Christian Roß
Herr Ralf Schaefer

Kreistagmitglieder FW

Herr Helmut Stalz

Verwaltung

Herr Dr. Thomas Wilk, Kreisdirektor
Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent
Herr Torsten Göpfert, Dezernent
Herr Dirk Wigant, Dezernent
Frau Katja Schuon, Leiterin Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung
Frau Sabine Leißer, Leiterin Stabsstelle Planung und Mobilität
Frau Silke Schmücker, Schriftführerin

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er gratuliert Herrn Niessner zum Geburtstag. Anschließend weist Herr Makiolla darauf hin, dass nach der Sitzung ein Losverkauf zugunsten der Waldschule Cappenberg stattfindet. Etwaige Gewinne könnten beim Jubiläumsfest anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Waldschule am 03.09.2016 eingelöst werden.

Herr Landrat Makiolla nennt sodann die Namen der Kreistagsmitglieder, die sich für die Sitzung entschuldigt haben und weist darauf hin, dass Herr Janyga, der ebenfalls entschuldigt fehle, geheiratet und seinen Namen in „Flick“ geändert habe.

Die Einladung zu der Sitzung sei am 16.06.2016 verschickt worden. Da sich auf entsprechende Frage des Landrates hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------------------|----------|---|
| Punkt 1 | | Bestellung einer Schriftführerin |
| Punkt 2 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 3 | 043/16/1 | Ersatzwahlen |
| Punkt 4 | 069/16 | 13. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna |
| Punkt 5 | 047/16 | Entwurf des Jahresabschlusses 2015 |
| Punkt 6 | 074/16 | Kundenfreundliches Kreishaus - Freies WLAN in allen Warte- und Aufenthaltsbereichen der Kreisverwaltung;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.05.2016 |
| Punkt 6.1 | 076/16 | Ergänzung zum Antrag "Kundenfreundliches Kreishaus - Freies WLAN in allen Warte- und Aufenthaltsbereichen der Kreisverwaltung" (Drucksache 074/16);
Antrag der Gruppe PIRATEN vom 16.06.2016 |
| Punkt 7 | 085/16 | Bestellung einer Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes |
| Punkt 8 | 065/16 | Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2016 |
| Punkt 8.1 | 087/16 | Kurzzeitpflege besser durch den Bund absichern;
Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 28.06.2016 |
| Punkt 9 | 071/16 | Programmantrag KOMM-AN NRW |
| Punkt 10 | 072/16 | Programmantrag "Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte" |

- Punkt 11** 086/16/1 Bundesweite Fehlbuchungen in den Jobcentern;
Fachaufsichtliche Prüfung im Jobcenter Kreis Unna
- Punkt 12** 052/16 Änderung eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Land Nordrhein-Westfalen
zur Kostenerstattung von Kinderbetreuungsplätzen
- Punkt 13** 078/16 Aufgaben und Kriterien der Suchtberatung;
Antrag der FDP-Fraktion vom 31.05.2016
- Punkt 14** 058/16 Fortsetzung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Ausgleichsflächenmana-
gement mit der Gemeinde Holzwickede
- Punkt 15** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 16** 046/16 Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna
mbH (VKU)
- Punkt 17** 075/16 Vergabe des Auftrages für die Durchführung von Personentransfers auf Anforde-
rung der Erstaufnahmeeinrichtung Unna (EAE)
- Punkt 18** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung einer Schriftführerin

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Silke Schmücker zur Schriftführerin für diese Sitzung des Kreistages bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 3 043/16/1 Ersatzwahlen

Beschluss

Für die Dauer der verbleibenden Wahlperiode des Kreistages werden folgende Ersatzwahlen zur Ausschussbesetzung vorgenommen:

Gremium	Funktion	bisheriges Mitglied	neues Mitglied
Ausschuss für Bildung und Kultur	ordentliches Mitglied	Sabine Dückers-Laue, sB	Susanne Melchert, sB
Ausschuss für Bildung und Kultur	stellvertretendes Mitglied für Stefan Hippler, sB	Zuhrah Roshan-Appel, sB	Dr. Dr. Günter Dresselhaus, sB
Jugendhilfeausschuss	Ordentliches Mitglied als Vertreter des Ev. Kirchenkreises Unna	Sebastian Richter	Mario Lerch
Jugendhilfeausschuss	stellvertretendes Mitglied für Mario Lerch	-/-	Sebastian Richter
Ausschuss für Bildung und Kultur	ordentliches Mitglied	Kunibert Kampmann	Peter Bredohl, sB

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (ohne Mitwirkung des Landrates)

Punkt 4 069/16 13. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna

Beschluss

Die 13. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna wird unter Berücksichtigung der im Gebührentarif vorgenommenen textlichen Änderungen sowie mit den in der Spalte „Gebühren neu“ ausgewiesenen Beträgen beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 5 047/16 Entwurf des Jahresabschlusses 2015

Erörterung

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk weist darauf hin, dass es in der heutigen Sitzung um die formale Überweisung des Entwurfs des Jahresabschlusses an den Rechnungsprüfungsausschuss gehe. Die Feststellung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss würden im Herbst erfolgen.

Das Haushaltsjahr 2015 sei gegenüber der Planung mit einer Verbesserung von rund 6,51 Mio. Euro abgeschlossen worden; die Bilanzsumme betrage rund 392,5 Mio. Euro. Herr Dr. Wilk erläutert sodann einzelne Positionen und Besonderheiten des abgeschlossenen Haushaltsjahres, unter anderem die erstmalige Bilanzierung von Forderungen des Jobcenters und den Umgang mit den Derivativen. Diese Positionen seien in der Drucksache auf den Seiten 47 bzw. 64 ausführlich dargestellt.

Wie im Lagebericht auf S. 72 ff. der Drucksache ausgeführt, hätten die Kosten der Unterkunft 2015 rund 90,2 Mio. Euro betragen und damit 1,7 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert gelegen. Die allgemeine Kreisumlage sei um rund 10,6 Mio. Euro gestiegen.

Erfreulich sei die Entwicklung des Eigenkapitals, das mit rund 13 Mio. Euro ausgewiesen werden könne. Es sei geplant, dieses in der maximal zulässigen Höhe von 4,33 Mio. Euro der Ausgleichsrücklage zuzuführen. Der Rest solle in die allgemeine Rücklage fließen. Einen entsprechenden Verwendungsbeschluss werde er

dem Kreistag im Herbst vorlegen. Wie bereits im laufenden Haushaltsjahr sei auch für 2017 vorgesehen, das in der Ausgleichsrücklage befindliche Kapital zu nutzen, um einen fiktiven Haushaltsausgleich herbeizuführen und so die Städte und Gemeinden bei der Kreisumlage zu entlasten.

Eine weitere Besonderheit im Haushaltsjahr 2015 sei die Erhöhung der Verlustübernahme der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna (WFG) um rund 212.000 Euro über den im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Maximalbetrag hinaus.

Insgesamt sei im letzten Jahr eine deutlich positive Entwicklung zu verzeichnen, insbesondere aufgrund des Minderaufwandes im Bereich der Kosten der Unterkunft. Auch im laufenden Haushaltsjahr entwickelten sich diese weiter positiv, so Herr Dr. Wilk. Zurzeit rechne man hier im Saldo mit einer Unterschreitung des Planansatzes um 3,5 Mio. Euro.

Durch Auflösung der für die Abwicklung der Derivate gebildeten Rückstellung nach dem geschlossenen Vergleich flössen dem Haushalt weitere 1,2 Mio. Euro zu; zudem ergäben sich Mehrerträge aus Gebühren und Bußgeldern von rund 1 Mio. Euro.

Auf die Darstellung der VBU-Ausschüttung, die künftig anders ausgestaltet werde, habe man zunächst verzichtet. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben werde sich in der nächsten Zeit mit diesem Thema befassen.

Insgesamt ergebe sich unter Berücksichtigung des Abzugs der 2,3 Mio. Euro für den fiktiven Haushaltsausgleich nach dem Halbjahresstand eine Verbesserung von gut 5 Mio. Euro gegenüber der Haushaltsplanung 2016. Diese Entwicklung verschaffe etwas Luft auf der Eigenkapitalseite und die Möglichkeit, die Belastung der Städte und Gemeinden zu verringern.

Beschluss

Der am 28.04.2016 vom Kämmerer aufgestellte und vom Landrat bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2015 (einschl. Anlagen) wird zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 6 074/16 Kundenfreundliches Kreishaus - Freies WLAN in allen Warte- und Aufenthaltsbereichen der Kreisverwaltung;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.05.2016**

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein ergänzender Antrag der Gruppe PIRATEN vorliege (Drucksache 076/16, vgl. Punkt 6.1).

Frau Heinrichsen begründet den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Ausstattung der Warte- und Besucherbereiche mit freiem WLAN sei ein weiterer Baustein zur kundenfreundlicheren Gestaltung der Kreisverwaltung. Der Zugang zum Internet sollte für die Kunden ohne weitere Anmeldeschritte zugänglich und nicht zeitlich begrenzt sein.

Die Freifunk-Initiative, mit der die Umsetzung erfolgen solle, werde von bürgerschaftlichem Engagement getragen. Daher sei eine Zusammenarbeit sicherlich wertvoll.

Für die Gruppe PIRATEN unterstreicht Herr Schaefer die Bedeutung der Einbeziehung der Freifunk-Initiative. Daher habe man den ergänzenden Antrag gestellt.

Auf Nachfrage von Herrn Landrat Makiolla erklären sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Gruppe PIRATEN damit einverstanden, dass der ergänzende Antrag der Gruppe PIRATEN in den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übernommen und gemeinsam abgestimmt wird. Auch die übrigen Kreistagsmitglieder sind mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk erläutert, dass es um die Bereitstellung eines freien WLAN-Netzes in allen Warte- und Aufenthaltsbereichen der Kreisverwaltung gehe, nicht nur im Haupthaus in Unna, sondern auch im Kreishaus Lünen und in den Gesundheitshäusern Unna und Lünen. Das Thema sei ein wichtiger Aspekt der Bürgerfreundlichkeit und treffe den Zeitgeist.

Im Haupthaus gebe es bereits drei WLAN-Angebote, einen offenen Zugang über HeliNET, einen verschlüsselten Zugang für die Kreisverwaltung sowie einen weiteren verschlüsselten Zugang für die Gremienarbeit.

Wenn im Herbst mit dem erwarteten Inkrafttreten des Telemediengesetzes die Störerhaftung entfalle, werde ein erweitertes Angebot ohne aufwendige Anmeldeprozesse möglich. Die Freifunk-Initiative könne einbezogen werden. Die Funktionalitäten eines so genannten „Mesh-Netzwerkes“ seien für die Kreisverwaltung jedoch insofern nicht relevant, als die Möglichkeit bestehe, über vorhandene Infrastrukturen eine kabelgebundene Anbindung für WLAN-Antennen zu schaffen.

Nach Inkrafttreten des Telemediengesetzes könne das bestehende WLAN-Angebot neu geordnet und die vorhandenen Heli-Spots gegebenenfalls durch ein eigenes Angebot ersetzt werden. Geplant sei, zunächst ein Konzept für die entsprechenden Bereiche zu erarbeiten und dieses dann sukzessive umzusetzen. Da der genaue Maßnahmenbedarf für die verschiedenen Aufenthalts- und Wartebereiche erst ermittelt werden müsse, könne er die Kosten zurzeit nicht genau beziffern. Dies werde im Falle einer entsprechenden Beschlussfassung aber voraussichtlich bis zur Vorlage des Haushaltsplanentwurfs 2017 möglich sein.

Hinsichtlich des zeitlichen Umfangs der Bereitstellung des WLAN schlage er eine Kopplung an die Öffnungszeiten der Kreisverwaltung vor, um nächtliche Jugendtreffs vor den Dienstgebäuden zu vermeiden. Die Reichweite des WLAN vor den Gebäuden hänge von den baulichen Gegebenheiten ab und werde jeweils vom Fachdienst Zentrale Datenverarbeitung überprüft.

Herr Landrat Makiolla kündigt an, dass im Falle einer entsprechenden Beschlussfassung über die vom Kreisdirektor dargestellte sukzessive Umsetzung des aufzustellenden Konzepts und über die praktischen Erfahrungen mit dem Angebot in den Gremien berichtet werde.

Beschluss

In allen Warte- und Aufenthaltsbereichen der Kreisverwaltung wird in Verbindung mit der Freifunk- Initiative Unna bzw. Dortmund oder Lünen ein freies WLAN-Netz bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 6.1 076/16

**Ergänzung zum Antrag "Kundenfreundliches Kreishaus - Freies WLAN in allen Warte- und Aufenthaltsbereichen der Kreisverwaltung" (Drucksache 074/16);
Antrag der Gruppe PIRATEN vom 16.06.2016**

Erörterung

siehe Punkt 6

Punkt 7 085/16 Bestellung einer Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes

Beschluss

Frau Jennifer Salzmann-Vogt wird mit sofortiger Wirkung als Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 8 065/16 Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2016

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass mit der Drucksache 087/16 - „Kurzzeitpflege besser durch den Bund absichern“ - ein Antrag der Fraktionen SPD und CDU zur Ergänzung des Beschlussvorschlages um eine neue Ziffer 5 vorliege (vgl. Punkt 8.1). Die bisherige Ziffer 5 würde im Falle der Ergänzung zu Ziffer 6 des Beschlussvorschlages.

Für die SPD-Fraktion erklärt Frau Chur, dass sich der Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung intensiv mit dem Pflegebedarfsplan 2016 befasst habe. Aktuell gebe es über die aus dem Vorjahresplan gerade bedarfsbestätigten oder im Bau befindlichen Plätze hinaus keinen weiteren Bedarf an Pflegeheimplätzen im Kreis Unna. Aufgefallen sei jedoch, dass es einen zunehmenden Bedarf für Kurzzeitpflegeplätze gebe, und das nicht erst, seit der Caritas-Verband die Schließung des Kurzzeitpflegeheims St. Elisabeth in Selm angekündigt habe. Es sei wichtig, eine gute Versorgungsstruktur für ältere Menschen vorzuhalten, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Um den Grundsatz „ambulant vor stationär“ zu stärken, müsse es die Möglichkeit geben, pflegende Angehörige mit Kurzzeitpflegeplätzen zu entlasten.

Der Pflegebedarfsplan sei sehr umfassend und daher aufwendig zu erstellen. Auch aus Sicht des Ausschusses sei es ausreichend, wenn die Fortschreibung alle zwei Jahre erfolge. Daher unterstütze der Ausschuss die im Beschlussvorschlag formulierte Bitte an den Landrat, sich bei der Landesregierung für eine Änderung des Fortschreibungszeitraums einzusetzen.

Für die CDU-Fraktion stellt Herr Bremerich fest, dass sich die Pflegebedarfsplanung 2015 bewährt habe. Neue Pflegeplätze seien dorthin, wo es Bedarfe gegeben habe, kanalisiert worden; unnötige Pflegeheimplätze habe man verhindert. So seien auch die Kosten für die öffentlichen Haushalte in Grenzen gehalten worden. Dazu trügen neben den stationären Pflegeplätzen auch andere Betreuungseinrichtungen für Senioren im Kreis bei, die das Grundprinzip „ambulant vor stationär“ maßgeblich unterstützten. Der in diesem Zusammenhang wichtige Grundpfeiler der heimischen Pflege werde nicht unerheblich unterstützt durch solitäre, also planbare, Kurzzeitpflegeplätze, die die pflegenden Angehörigen entlasteten. Der vorliegende Pflegebedarfsplan weise nachdrücklich auf zusätzliche Bedarfe in diesem Sektor hin. Die Situation habe sich inzwischen verschärft, weil das Kurzzeitpflegeheim St. Elisabeth in Cappenberg Ende August schließen werde, so dass 26 Plätze in diesem Bereich wegfielen. Die verbleibenden 35 Plätze für solitäre Kurzzeitpflege reichten für das gesamte Kreisgebiet nicht aus. Ursache für die Problematik sei der höhere Aufwand, der mit Kurzzeitpflege verbunden sei, dem keine höhere Einnahmen gegenüberstünden. Dies zu regeln, sei Angelegenheit des Bundes. Um die geschilderte Situation möglichst umgehend zu verbessern, beantragten CDU und SPD die vorliegende Ergänzung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Herr Klostermann schließt sich für die FDP-Fraktion den Äußerungen seiner Vorredner zum Pflegebedarfsplan an. Hinsichtlich der bisherigen Ziffer 5 des Beschlussvorschlags der Drucksache 065/16, die vorsehe, dass sich der Landrat für eine zweijährige Erstellung des Plans einsetzen möge, habe die FDP-Fraktion die Landtagsabgeordnete für den Kreis Unna, die auch gesundheits- und pflegepolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Landtag sei, um Unterstützung gebeten. Diese habe eine Kleine Anfrage an den Landtag gestellt. Die Antwort werde er Herrn Landrat Makiolla zuleiten, sobald sie vorliege.

Herr Stalz, Freie Wähler, begrüßt den Pflegebedarfsplan, der durch den Grundsatz „ambulant vor stationär“ die Kosten in Grenzen halte. Auch befürworte er den Antrag von SPD und CDU, um im Bereich der Problematik der Kurzzeitpflege das Mögliche zu tun.

Herr Landrat Makiolla stellt zunächst den Antrag der Fraktionen SPD und CDU zur Ergänzung des Beschlussvorschlags der Drucksache 065/16 zur Abstimmung.

Beschluss

Der Beschlussvorschlag der Drucksache 065/16 wird um folgenden neuen Punkt 5 ergänzt:

Der Landrat wird beauftragt, sich gegenüber den Bundestagsabgeordneten und damit dem Bundestag als Gesetzgeber dafür einzusetzen, die in der Pflegeversicherung grundsätzlich nicht ausreichend ausgestattete solitäre und dadurch für langfristige Buchungen nutzbare Kurzzeitpflege besser abzusichern.

Die solitäre Kurzzeitpflege ist wesentlicher Bestandteil des Kreiskonzepts „ambulant vor stationär“ und unterstützt pflegende Angehörige bei ihrer wichtigen Aufgabe.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Anschließend stellt Herr Landrat Makiolla die Drucksache 065/16 in der durch den beschlossenen Antrag geänderten Fassung zur Abstimmung.

Beschluss

1. Der als Anlage zur Drucksache 065/16 beigefügte Pflegebedarfsplan 2016 wird beschlossen.
2. Die bedürfnisorientierte, sozialräumliche Strategie des Kreises Unna „ambulant und präventiv vor stationär“ hat sich bewährt.
3. Es besteht aktuell kein Bedarf an weiteren Pflegeheimplätzen zusätzlich zu denjenigen, die sich bereits in der Bauphase befinden bzw. die auf der Basis des Pflegebedarfsplanes 2015 erst vor kurzem nach vorgeschriebenem Ausschreibungsverfahren bedarfsbestätigt wurden.
4. Es besteht dagegen grundsätzlich Bedarf an weiteren solitären Kurzzeitpflegeplätzen, ebenso an weiteren wohnortnahen Tagespflegeplätzen.
5. Der Landrat wird beauftragt, sich gegenüber den Bundestagsabgeordneten und damit dem Bundestag als Gesetzgeber dafür einzusetzen, die in der Pflegeversicherung grundsätzlich nicht ausreichend ausgestattete solitäre und dadurch für langfristige Buchungen nutzbare Kurzzeitpflege besser abzusichern.
Die solitäre Kurzzeitpflege ist wesentlicher Bestandteil des Kreiskonzepts „ambulant vor stationär“ und unterstützt pflegende Angehörige bei ihrer wichtigen Aufgabe.
6. Der Landrat wird beauftragt, sich bei der Landesregierung und beim Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen dafür einzusetzen, dass die Erstellung eines Pflegebedarfsplanes nur alle zwei Jahre erfolgen muss.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 8.1 087/16 Kurzzeitpflege besser durch den Bund absichern;
Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 28.06.2016**

Erörterung

siehe Punkt 8

Punkt 9 071/16 Programmantrag KOMM-AN NRW

Beschluss

Der Kreis Unna beteiligt sich am Landesprogramm KOMM-AN NRW.

Der Landrat wird beauftragt,

- die zur personellen und finanziellen Stärkung des Kommunalen Integrationszentrum Kreis Unna (KI) vorgesehenen Mittel aus dem Programmteil I zu beantragen;
- die personelle Stärkung kurzfristig umzusetzen und im Stellenplan 2017 als drittfinanzierte Stellen abzubilden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 10 072/16 Programmantrag „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für
Neuzugewanderte“**

Beschluss

Der Kreis Unna beteiligt sich am Bundesprogramm „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“.

Der Landrat wird beauftragt,

- den als Anlage 2 zur Drucksache 072/16 beigefügten Projektantrag zu stellen;
- die Projektstellen im tatsächlich geförderten Umfang in den Stellenplänen 2017 und 2018 als drittfinanzierte Stellen abzubilden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 11 086/16/1 Bundesweite Fehlbuchungen in den Jobcentern;
Fachaufsichtliche Prüfung im Jobcenter Kreis Unna**

Erörterung

Herr Landrat Makiolla entschuldigt sich eingangs für die kurzfristige Erstellung der Drucksache, die den Kreistagsmitgliedern nur eine kurze Vorbereitungszeit auf die Thematik erlaubt habe. Im Kreisausschuss habe der Sozialdezernent das Thema mit einer ausführlichen Präsentation eingehend erläutert. Aufgrund der anschließenden kritischen Diskussion, die auch in den Fraktionen noch weitergeführt worden sei, habe er sich entschlossen, so Herr Landrat Makiolla, mit der Drucksache 086/16/1 einen veränderten Beschlussvorschlag vorzulegen. Die Federführung für die Überprüfung werde bei der Stabsstelle Rechnungsprüfung lie-

gen, so dass die zusätzlichen Mitarbeiter auch dort zugeordnet würden. Politisch begleitet werde der Prozess demgemäß durch den Rechnungsprüfungsausschuss und den Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung.

Herr Nadolski-Voigt weist darauf hin, dass die Kontrollsysteme des Jobcenters bereits im Zusammenhang mit den Kosten der Unterkunft immer wieder in der Öffentlichkeit diskutiert worden seien. Man müsse sich fragen, ob und wo diese gegebenenfalls versagt hätten. Des Weiteren interessiere ihn, wie mögliche Haftungsfragen gelöst würden, und ob es Versicherungen gebe, falls das Verschulden am System oder bei den Mitarbeitern liegen sollte.

Herr Klostermann erkundigt sich, ob die Ergebnisse der Prüfung durch die Mitarbeiter gegebenenfalls einer juristischen Auseinandersetzung standhalten würden, oder ob es zusätzlich externer Gutachten bedürfe. Zudem kritisiert er den langen Zeitraum von der ersten Information des Landkreistages über die Problematik, die vom 19.04.2016 datiere, bis zur Mitteilung über die Angelegenheit in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben im Juni. Er hätte sich eine frühere Information über die Sachlage gewünscht.

Herr Göpfert führt zu der Frage von Herrn Nadolski-Voigt aus, es gebe ein fachaufsichtliches Prüfungskonzept im Jobcenter, das die Rechtmäßigkeit der Leistungsgewährung sicherstellen solle. Abhängig von den Ergebnissen der jetzt anstehenden Überprüfung werde man gegebenenfalls darüber nachdenken müssen, dieses Konzept anzupassen. Allerdings werde das Jobcenter sowohl von der Stabsstelle Rechnungsprüfung als auch von der im Fachbereich Arbeit und Soziales angesiedelten Fachaufsicht auf die Rechtmäßigkeit der Leistungsgewährung geprüft. Bei diesen Einzelfall- und Aktenprüfungen seien die Fehlbuchungen nicht aufgefallen. Fachleuten hätten ihm jedoch versichert, dass das vorliegende IT-immanente Kostenzuordnungsproblem bei den durchgeführten Prüfungen auch gar nicht hätte auffallen können.

Hinsichtlich der Haftungsfrage wisse er nicht, ob diese überhaupt eine Rolle spielen werde. Es gehe um eine falsche Kostenzuordnung auf der Ebene von zwei Sozialleistungsträgern, die geprüft und bereinigt werden müsse. Daher spiele die Haftungsfrage aus seiner Sicht hier keine Rolle. Grundsätzlich seien kommunale Beschäftigte aber über eine Amtshaftpflicht versichert.

Auf die Frage von Herr Klostermann erklärt Herr Göpfert, dass die von der Stabsstelle Rechnungsprüfung vorgenommenen Prüfungen dokumentiert würden und auch juristisch haltbar wären. Er glaube jedoch nicht, dass der Kreis eine juristische Auseinandersetzung werde führen müssen. Er setze immer noch auf eine bundesweite Regelung der Thematik, da es sich um ein generelles Problem der eingesetzten Software in allen Jobcentern in Deutschland handele. Es könne nur um das „Wie“ des Forderungsausgleichs gehen, aber nicht um das „Ob“.

Für die CDU-Fraktion befürwortet Herr Jasperneite die aus der Diskussion im Kreisausschuss hervorgegangene veränderte Beschlussvorlage des Landrates. Mit Zuordnung der monetären Prüfung zu der Stabsstelle Rechnungsprüfung und dem Rechnungsprüfungsausschuss sowie der fachlichen Zuständigkeit des Ausschusses für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung sei eine fundierte Begleitung des Prüfprozesses gegeben. Im Bedarfsfall könne man zudem immer noch über eine veränderte Herangehensweise diskutieren.

Herr Landrat Makiolla merkt an, dass Meinungsverschiedenheiten zwischen Sozialleistungsträgern nichts Ungewöhnliches seien. Es gebe hier verschiedene Lösungsmöglichkeiten. So könnten die Verhandlungen zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Bundesarbeitsministerium zu einer Einigung führen.

Möglich sei zudem eine Änderung des Gesetzes durch den Gesetzgeber; dabei könnte es aber auch eine Neuregelung zu Lasten der Kommunen geben, wie es in der Vergangenheit schon vorgekommen sei. Die dritte und letzte Möglichkeit sei eine Gerichtsentscheidung. Zuständig in diesem Fall sei das Sozialgericht mit den dort geltenden Grundsätzen. Etwaige Gutachten würden dort beispielsweise wegen des geltenden Amtsermittlungsgrundsatzes durch das Gericht veranlasst.

Er hoffe, so Herr Landrat Makiolla, dass der erste Weg greifen und es zu einer Lösung auf dem Verhandlungsweg kommen werde. In jedem Fall aber müsse der Kreis in der Lage sein, präzise Daten in den Diskussionsprozess einzubringen. Der Landkreistag habe alle Kreise gebeten, entsprechende Zahlen zu ermitteln, um seine Verhandlungsposition gegenüber dem Bundesarbeitsministerium zu stärken.

Beschluss

Die Stabsstelle Rechnungsprüfung wird mit der federführenden Prüfung von fehlerhaften Buchungen in der von 2005 bis 2015 auch im Jobcenter Kreis Unna eingesetzten BA-Software „A2LL“ beauftragt. Darüber hinaus sind auch vergleichbare Sachverhalte in der seit 2014 eingesetzten BA-Software „ALLEGRO“ zu prüfen.

Der Landrat wird ermächtigt, für die zusätzlichen Prüftätigkeiten in einem Zeitraum von bis zu 2 Jahren zusätzliche Personalressourcen im Umfang von 2,0 Vollzeitäquivalenten zu schaffen.

Über die Ergebnisse der Prüftätigkeit ist regelmäßig (mindestens halbjährlich) im Rechnungsprüfungsausschuss und im Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung zu berichten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (2 Enthaltungen FDP-Fraktion)

Punkt 12 052/16 Änderung eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Land Nordrhein-Westfalen zur Kostenerstattung von Kinderbetreuungsplätzen

Beschluss

Der Änderung des am 28.07.2015 geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Land Nordrhein-Westfalen zur Kostenerstattung von Kinderbetreuungskosten für die Inanspruchnahme von Kinderbetreuungsplätzen in Fröndenberg/Ruhr wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 13 078/16 Aufgaben und Kriterien der Suchtberatung; Antrag der FDP-Fraktion vom 31.05.2016

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass die von der FDP-Fraktion in dem ersten Teil ihres Antrags gestellten Fragen in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz am 28.09.2016 beantwortet würden. Die Antworten würden zur Vorbereitung vorab schriftlich übersandt. Über den letzten Absatz des Antrages, der eine Forderung enthalte, müsse der Kreistag abstimmen.

Für die FDP-Fraktion begründet Herr Klostermann den Antrag. Die Träger der Suchtberatung sollten ausreichende Mittel zur Verfügung haben, um ihre Aufgabe auszufüllen. Seiner Fraktion sei es aber wichtig, dass durch ein Berichtswesen mehr Klarheit in die Strukturen der Arbeit komme. Wesentlich sei dabei insbesondere auch ein Konzept für die präventive Arbeit. Diese Aspekte sollten in den anstehenden Verhandlungen berücksichtigt werden.

Für die Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm befürwortet Herr Kampmann grundsätzlich die Intention des Antrags, die seiner Fraktion zunächst so nicht klar geworden sei. Die Kritik, die jedoch aus seiner Sicht in den gestellten Fragen an der Arbeit des Diakonischen Werks und des Deutschen Roten Kreuzes anklinge, halte er nach der jahrelang geleisteten Arbeit für nicht angemessen.

Herr Kolar unterstützt für die SPD-Fraktion den Antrag. Wenn man sich über eine Neuausrichtung der Suchthilfe Gedanken mache, müsse man auch wissen, in welche Richtung diese gehen solle. Insbesondere vor dem Hintergrund der Einführung der Wirkungsorientierten Steuerung müsse man sich strategisch aufstellen. Der Prozess solle richtigerweise ergebnisoffen gestaltet werden, aber bestimmte Fakten müssten für die Entscheidungen bekannt sein.

Herr Klostermann versichert, dass die von Herrn Kampmann angesprochene Kritik keineswegs mit dem Antrag beabsichtigt gewesen sei und bedauert, dass die Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm nicht bereits im Vorfeld der Sitzung ein klärendes Gespräch gesucht habe.

Beschluss

Bei der zukünftigen Vertragsgestaltung ist auf ein jährliches Berichtswesen durch den oder die Träger der Suchtberatung hinzuwirken. Ebenso sind klare Aufgaben für den Präventionsbereich zu regeln.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 14 058/16 Fortsetzung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Ausgleichsflächenmanagement mit der Gemeinde Holzwickede

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die als Anlage zur Drucksache 058/16 beigelegte „Vereinbarung zum Management von Ausgleichsmaßnahmen zwischen der Gemeinde Holzwickede und dem Kreis Unna“ abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 15 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Sitzung der Strategiekommission am 23.06.2016

Herr Kreisdirektor Dr. Wilk berichtet zusammenfassend über die Inhalte und Ergebnisse der ersten Sitzung der Strategiekommission am 23.06.2016. Es sei um die Ebene der Handlungsfelder gegangen, und man habe sich darauf verständigt, mit neun bis zehn Handlungsfeldern zu starten. Bis Ende August solle die genaue Verständigung mit den Mitgliedern der Strategiekommission erfolgen. Darüber hinaus sollten maximal

drei bis fünf Leitsätze zu jedem Handlungsfeld formuliert werden. In einem dritten Schritt werde es darum gehen, sich auf ein Handlungsfeld zu verständigen, das im Haushalt 2017 entsprechend dem neuen System abgebildet werde.

Nach dem politischen Abstimmungsprozess werde es eine Drucksache für die Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages Ende September mit den entsprechenden Entscheidungen geben.

Der Haushaltsplanungsprozess 2017 laufe wie gewohnt ab. Parallel dazu würden aber die Vorschläge zur Darstellung und Umsetzung der Strategie in dem ausgewählten Handlungsfeld erarbeitet. Die Ergebnisse des parallelen Prozesses sollten in der Beschlussfassung zum Haushalt im Dezember ihren Niederschlag finden.

2. Gastdelegierte für die Landkreisversammlung am 30.09.2016 in Borken

Herr Landrat Makiolla bezieht sich auf seine Mitteilung in der Sitzung des Kreisausschusses am Vortag und bittet die Fraktionen um die Benennung von Gastdelegierten für die Landkreisversammlung am 30.09.2016 in Borken.

Entsprechend dem Proporz im Kreistag benennt die SPD-Fraktion als Gastdelegierte Herrn Holz und Frau Jung sowie Herrn Oldenburg als Ersatzdelegierten, die CDU-Fraktion benennt Frau Middendorf und Herrn Bremerich als Gastdelegierte. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die eine(n) Ersatzdelegierte(n) hätte benennen können, verzichtet.

3. Radstation in Selm

Herr Kleinwächter erkundigt sich, wie es mit der derzeit geschlossenen Radstation in Selm weitergehe. Ihn interessiere, ob die Radstation ganz aufgegeben werden solle oder ob eine Wiedereröffnung geplant sei.

Frau Leißer erklärt, hierzu lägen keine Erkenntnisse vor. Herr Landrat Makiolla sichert zu, dass die Verwaltung den Fragen nachgehen und Herrn Kleinwächter über den Sachstand informieren werde.

Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Holz stellt Frau Leißer klar, sie habe gemeint, dass der Verwaltung keine Informationen seitens des Trägers vorlägen.

gez. Silke Schmücker
Schriftführerin

ges. Michael Makiolla
Vorsitzender